



Milaabader Tagblatt

Enztalbote Wildbader Zeitung
Amtsblatt und Anzeiger für Wildbad
und das obere Enztal

Er scheint täglich, ausgenommen Sonn- u. Feiertage. Bezugspreis monatlich 2.00 RM, frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im innerdeutschen Bezugspreis monatlich 1.70 RM. — Einzelnummern 10 Pf. (Postamt Nr. 50 bei der Oberamtskanzlei Reichenburg Zweigstelle Wildbad). — Bankkonto: Enztalbank, Odenheim & Co., Wildbad, Pfälzischer Gewerbebank Fil. Wildbad. — Postkontonummer 23174.

Druck, Verlag und Schriftleitung: Theodor Graf, Wildbad, Wilhelmstraße 66. Telefon Nr. 479. — Wohnung: Hans Bollmer.

Nummer 279

Februar 479

Freitag, den 28. November 1930

Februar 479

65. Jahrgang.

Der Industrieprozeß in Moskau

Zweite Auflage der Weltkriegsverschwörung

Moskau, 27. Nov. Am 25. November begann in Moskau der sogenannte „Industrieprozeß“ gegen Professor Ramsin und seine Genossen Kalkinikow, Paritschew, Fedotow, Kuprijanow und Stinin, sowie zwei weitere nebensächliche Personen im weißen Säulensaal des Gewerkschaftshauses. Den Vorsitz führt Prof. Wschinski. Die Anklage behauptet, es habe eine im Ausland angezettelte Verschwörung bestanden, die die Vernichtung der sowjetrussischen Industrie und den Einmarsch fremder Heere in Sowjetrußland vorbereitete. Der Hauptangeklagte Ramsin legte nach dem von der Sowjetregierung verbreiteten Bericht ebenso wie die übrigen Angeklagten ein volles Geständnis ab. Danach wurde der Plan eines Einschreitens des Auslands in Sowjetrußland, der von Frankreich und England ausging, im Oktober 1928 in Paris ausgearbeitet. Poincaré und Briand verhandelten mit Agenten des sogenannten Industriekomitees in Rußland. In London war besonders Minister Churchill für die Sache interessiert. Ramsin und Paritschew verhandelten mit dem berüchtigten englischen Oberleutnant Oberst Lawrence (der bekanntlich vor und in dem Weltkrieg eine für Deutschland und die Türkei so verhängnisvolle Rolle im Orient und später in China, Indien und Afghanistan — Entthronung Aman Allah — gespielt hat) und mit dem Ingenieur Simon der englischen Kanonenfirma Vickers. Die Hauptstreikkräfte von Polen, Rumänien und der baltischen Randstaaten sollten unter Heranziehung des ehemaligen Wrangelheers, zusammen 6 bis 800 000 Mann plötzlich in Rußland einfallen; Frankreich werde die Sache durch Waffenlieferungen usw. kräftig unterstützen. Vorher sollten die russischen Industriebetriebe, besonders die Militärindustrie, durch Sabotage möglichst lahmgelegt und die Ueberlandzentralen in Moskau, Leningrad (Petersburg) und Donez-Industriegebiet unbrauchbar gemacht und gleichzeitig Bauern- und Arbeiteraufstände, vor allem im Dongebiet und in der Ukraine, hervorgerufen werden. Ein Angriff sollte zunächst im Osten, in Sibirien, einsehen, der eine Probe gebe für die militärische Widerstandskraft Rußlands.

Die Verhandlungen im „Handels- und Industrie-Komitee“ wollten aber nicht recht vorwärts kommen, weil die Russen zu sehr Nationalrußen waren, um eine Zerstückelung des Reichs zuzugeben, während Polen und Rumänien weite russische Gebiete als Lohn für ihre Mitwirkung haben wollten. Außerdem war das Interesse Englands an dem Unternehmen, seitdem Mac Donald und die Arbeiterpartei zur Regierung gelangt waren, geringer geworden. Um so tätiger wurde Frankreich, das 1929 ungeduldig die dringliche Weisung gab, eine militärische Organisation zu schaffen. Das „Handels- und Industrie-Komitee“ wurde daher allmählich in eine Agentur des französischen Generalstabs umgewandelt. Frankreich hatte es u. a. besonders auf die Inbesitznahme der Erdölfelder am Kaukasus (Baku usw.) abgesehen, die vorher eine englische Finanzgruppe beansprucht hatte.

Nach Ramsin legte der Angeklagte Ingenieur Paritschew ein Geständnis ab. Die im Sinn der Verschwörung gegen Sowjetrußland gegründete „Ingenieur- und Technikerzentrale“ sei Anfang 1926 ins Leben getreten und 1928 in die „Industriepartei“ umgewandelt worden, die mit dem „Handels- und Industrie-Komitee“ in Paris und London zusammenarbeitete. 1928 sollte losgeschlagen werden, da man annahm, daß der Bruch der Regierung Baldwin-Chamberlain-Churchill in London mit der Sowjetunion zur Bildung eines ruffischen handelnden Blocks gegen Sowjetrußland führen werde. Die englische Finanz- und Industrie war für den Plan, wozu sich Paritschew bei Verhandlungen in London überzeugen konnte. Die Industriepartei in Rußland erhielt von französischen Agenten jährlich etwa eine Million Rubel (zwei Millionen Mark). Durch russisches Börsen wurde das Losgeschlagen schließlich auf das Jahr 1930 oder 1931 verschoben. Im übrigen bestätigte Paritschew die Aussagen Ramsins vollkommen.

Die Enthüllungen in Moskau, an deren Richtigkeit wohl nicht zu zweifeln ist, sind von größter Bedeutung. Gegen Sowjetrußland wurde demnach derselbe niederträchtige Anschlag, mit derselben Methode und aus denselben Gründen gemacht, wie er seit 1903 gegen Deutschland betrieben und 1914 ausgeführt wurde. Die Polen und Rumänen reizt das russische Land, die Engländer und Franzosen der russische Reichtum an Erdöl, Kohlen und Erzen. Daß der neue furchtbare Weltkrieg, in den ohne Zweifel auch Deutschland hineingerissen worden wäre, bis jetzt noch nicht zum Ausbruch kam, ist nur darauf zurückzuführen, daß „das Interesse Englands geringer geworden ist“, seit die Arbeiterpartei wieder am Ruder ist. Am „Interesse“ Frankreichs, Polens und Rumäniens hat es sicher nicht gefehelt. Man versteht nun erst ganz die verschiedenen Reiten des polnischen Generalstabs nach Rumänien, die dortigen Besprechungen mit dem französischen Generalstabschef; man

Tagespiegel

Polnische Banden haben das deutsche Heim in Thorn zerstört, wobei mehrere Deutsche verletzt wurden. Die Empörung gegen das polnische Wüten hat in Schlesien einen hohen Grad erreicht. Der Reichsinnenminister Dr. Wirth ist in Begleitung des preußischen Staatssekretärs Abegg nach Deutsch-Oberschlesien abgereist.

Der Genfer Abrüstungsausschuß hat einen deutschen Antrag abgelehnt, daß im Entwurf zur Abrüstungskonvention der Artikel gestrichen werden solle, wonach die Entwaffnungsbestimmungen gegen Deutschland, Oesterreich, Ungarn und Bulgarien vorweg bestehen bleiben. Für die Streichung stimmten außer Deutschland nur Italien, Rußland, Bulgarien und die Türkei. Dagegen sprachen England und Frankreich. Angenommen wurde ein französischer Antrag, daß die Entwaffnungsbestimmungen des Verfallener Vertrags sogar die Voraussetzung seien für den Vorschlag an andere Mächte, ihre Rüstungen zu beschränken.

Der türkische Außenminister Tewfik Paşa ist zu Besprechungen mit Mussolini in Rom eingetroffen. Er hat die Türkei bei den gegenwärtigen Abrüstungsverhandlungen in Genf vertreten.

In Lima (Peru) sind wieder ernste Unruhen mit blutigen Straßenkämpfen ausgebrochen.

Laut Nachrichten aus Nanking hat Marshall Tchang-suekian auf den Posten des Generalgouverneurs der Mandchurei zugunsten seines Oheims Tchang-siung verabschiedet. Lehreter wird die Verwaltung der Reichsgebiete nördlich des Hoangho (Gelber Fluß) übernehmen. — Soll das eine Zweiteilung des chinesischen Reichs bedeuten?

Versteht die hartnäckige Abrüstungsverweigerung Frankreichs und die Stellung der sogenannten vorbereitenden Abrüstungskonferenz in Genf und die klägliche Haltung des englischen Mitverschworenen. Man versteht aber auch die in den letzten Monaten sich vollziehende Annäherung von Italien, Ungarn, Bulgarien, Griechenland und der Türkei, wahrscheinlich zu einem Abwehrbund, und vor allem die sich anbahnende Verständigung zwischen Italien und Sowjetrußland und den Besuch Titinoms in Stalien. Kommunismus und Faschismus, theoretisch die schroffsten Gegensätze, finden sich in der Abwehr des unerfüllten französisch-englischen Großkapitals.

Die Mitverschworenen in Rußland hat schließlich ihr natürliches Nationalgefühl davon abgehalten, an der Zerstückelung ihres Vaterlands mitzuwirken und lieber das sichere Todesurteil hinzunehmen, als an der Nation zum Verräter zu werden.

Neue Nachrichten

Keine außerordentliche Ratstagung

Berlin, 27. Nov. Das Reichskabinett hat sich in seiner gestrigen Nachtsitzung mit den unerhörten Ausschreitungen gegen die Deutschen in Polen und besonders in Oberschlesien, die sich fortwährend erneuern, befaßt. Es wurde beschlossen, von der Beantragung einer Sondertagung des Völkerversammlungsabzusehen, dagegen soll in einer Note kein Rat beschwerde erhoben werden. — Den Erfolg kann man sich denken.

Der Vorsitzende der völkerverbündlichen Gemischten Kommission für Oberschlesien, der Schweizer Calonder, hat verschiedene Zuschriften von deutscher Seite erhalten, die ihn auf die polnischen Greuel aufmerksam machten. Calonder hat sich darauf in einer öffentlichen Erklärung derartige Zuschriften verbeten; er wisse selber, was er zu tun habe.

Neue Notverordnungen?

Berlin, 27. November. Nachdem die Besprechungen des Reichskanzlers mit den Parteiführern gestern zu Ende geführt waren, war die Regierung noch nicht schlüssig, ob sie die 30 Gesetzesentwürfe des Reformplans dem Reichstag vorlegen oder durch Notverordnung durchführen soll. Die Sozialdemokraten verlangten noch wesentliche Abänderungen bezüglich der Arbeitslosen- und der Krankenversicherung. Darüber wird Reichsarbeitsminister Stegerwald erst besondere Besprechungen mit den Sozialdemokraten abhalten, ehe das Kabinett einen Beschluß faßt.

Brüning will parlamentarische Erledigung der Finanzgesetze

Berlin, 27. Nov. Das B. L. erfährt, Reichskanzler Brüning wolle, wenn irgend möglich, die 30 Finanzgesetze durch den Reichstag erledigen lassen, der dann vom 3. bis 23. Dezember verammelt bleibe. Es komme darauf an, ob die Besprechungen mit den Sozialdemokraten ein befriedigendes Ergebnis haben.

Berlin unter Kuratel

Berlin, 27. Nov. Der Oberpräsident der Provinz Brandenburg und von Berlin hat die Oberregierungsräte Dr. von Stein und Dr. Kopp zu Staatskommissaren zur Verbesserung der Haushalts- und Kassenlage der Reichshauptstadt bestellt. Stein ist die Ausübung der Rechte des Magistrats und Kopp die Ausübung der Rechte der Stadtverordnetenversammlung übertragen worden. Sie haben den Auftrag, die Erhebung der Bürgersteuer für 1930 in Höhe des Landesjahres durchzuführen und die Einführung der Gemeindegetränkesteuer nach der Notverordnung mit einem Satz von 10 v. H. ab 1. Dezember dieses Jahres zu bestimmen. Die Staatskommissare werden auch für das nächste Haushaltsjahr gestellt mit dem Auftrag, die Grundvermögenssteuer auf 312½ v. H. für das Jahr 1931 zu erhöhen.

Rückkehr zur Naturalsteuer

Schwerin, 27. Nov. Die nationalsozialistische Fraktion (eine der Regierungsparteien) hat im Landtag von Mecklenburg-Schwerin ein Volksnotgesetz eingebracht, nach dem es Landwirtschaft, Handel und Gewerbe gestattet sein soll, ihre rückständigen Steuern in Naturalien und Leistungen abzugeben; ferner soll die Regierung an alle Beamten, Angestellten und Privatpersonen, die ein Einkommen von mehr als 1000 Mark im Monat haben, einen Aufruf richten, den 1000 Mark übersteigenden Teil ihres Einkommens zur Steuerung der Not abzuliefern.

In einer Besprechung der Regierung mit den Landbundführern wurde erörtert, der Staatsregierung durch ein Ermächtigungsgesetz außerordentliche Vollmachten bei der Durchführung der Notverordnung zu geben, die in einem Land ebenso gut möglich seien, wie die Reichsregierung sie für sich in Anspruch nimmt. Der Vorsitzende des Mecklenburg-Schwerinschen Landbunds, Reichstagsabgeordneter Dr. Wandhausen, erklärte, gewisse unbedingte notwendige Notmaßnahmen zur Erhaltung der Landwirtschaft können nur im Weg eines Ermächtigungsgesetzes durchgeführt werden. Ministerpräsident Eschenburg vertrat den Standpunkt, die Notlage der mecklenburgischen Landwirtschaft habe einen außerordentlichen Grad erreicht; falls die Not weiter zunehme, wären außerordentliche Maßnahmen gerechtfertigt.

Zwangsdurchführung der Neusteuern

Hagen i. Westf., 27. Nov. Nachdem der Stadtrat von Hagen trotz der schlechten Finanzlage der Stadt die Einführung der Bürger- und Getränkesteuer sowie die Erhöhung der Biersteuer abgelehnt hatte, hat der Regierungspräsident die zwangsweise Durchführung der Steuern ab 1. Dezember angeordnet und der Stadt einen Staatskommissar vorgelegt.

Auch Erfurt hat zur Durchführung der Bürgersteuer einen Staatskommissar erhalten.

Jubiläum in Norwegen

Oslo, 27. Nov. Am 25. November feierte Norwegen das 25jährige Jubiläum der Unabhängigkeit und der Regierung des Königs Haakon VII. Der dänische Prinz Karl, der jüngere Bruder des jetzigen dänischen Königs Christian X., bestieg nach der Auflösung der Union mit Schweden als erster König den norwegischen Thron. Auf seinen Wunsch war eine Volksabstimmung vorhergegangen, ob Norwegen Republik oder Monarchie werden sollte. Das Volk entschied mit großer Mehrheit für die Monarchie. Prinz Karl nahm als König den Namen alter norwegischer Könige, Haakon, an. Er verheiratete sich dann mit einer englischen Prinzessin. Zur Jubiläumsfeier waren von ausländischen Gästen u. a. das dänische Königspaar und Prinz Georg von England eingetroffen.

Württembergischer Landtag

Arbeitsbeschaffung

Stuttgart, 27. November.

Der Landtag befaßte sich in seiner heutigen Sitzung mit der Großen 103. Anfrage betr. die Beschaffung von Arbeitsgelegenheit in Verbindung mit einigen weiteren Anträgen. Abg. Weimer: Man solle endlich mit dem Geschwätz von dem mangelnden Arbeitswillen aufhören. Die „Preisabbauaktion“, an deren Erfolg er nicht glaube, solle nur den Lohnabbau schmacher machen. Die Notlage der Arbeitslosen erfordere dringend die Arbeitsbeschaffung.

Nachdem dann noch Abstimmungen vorgenommen, der nat. 103. Mißtrauensantrag gegen die Regierung und mehrere komm. Anträge abgelehnt, sowie die Anträge Bause (W.) und Hilcher (W.P.) betr. Revision des Youngplans angenommen worden waren, ergriff

Wirtschaftsminister Dr. Maier

das Wort. Er leute dar, was die württ. Regierung gegen

die Arbeitslosigkeit bezw. für die Beschaffung von Arbeit getan hat. Er erinnerte an das im Juni vom Landtag verabschiedete Arbeitsbeschaffungsprogramm, durch das nicht weniger als 20 Millionen in das Wirtschaftsgebiet von Stuttgart und Eßlingen geworfen werden, ferner an den Redaktionsdurchblick in Heilbronn, eine Notstandsarbeit von großem Ausmaß mit insgesamt 250 000 Arbeitslosen tagewerke. Zu dem am letzten Freitag abgeschlossenen Vertrag sei noch die Zustimmung des Landtags und des Haushaltsausschusses des Reichstags erforderlich. Zu dieser großen Notstandsarbeit kämen dann im Winterprogramm noch 55 größere Notstandsarbeiten im ganzen Land, ferner 140 kleinere Notstandsarbeiten mit je weniger als 2000 Arbeitslosen tagewerke. Was den Wohnungsbau anlangt, so stehen dafür 8,1 Millionen zur Verfügung, mit denen 1150 Wohnungen erstellt werden können. Befruchtend für einheimische Industrie und Landwirtschaft seien die sogenannten Ruffengeschäfte. Der Staat habe für rund 28 Millionen Mark Warenlieferungen die Bürgerschaft übernommen. Wertvoll seien auch die landwirtschaftlichen Meliorationen, für die seit 1924 15 Millionen ausgegeben wurden. Aber weder mit staatlicher Arbeitsbeschaffung noch mit Notstandsarbeiten könne die Arbeitslosigkeit beseitigt werden, die Grundfrage sei die Preis- und Lohnfrage und die Preislenkung sei eine selbstverständliche Konsequenz der Lohnlenkung. Verhandlungen hierüber versprechen namentlich auf dem Gebiet der Nahrungsmittelversorgung nicht unerhebliche Erfolge. Der Minister lehnte die Arbeitslenkung und die Verkürzung der Wochenarbeitszeit ab und machte zum Schluß die an anderer Stelle wiedergegebenen Ausführungen über die finanzielle Benachteiligung Württembergs und der württ. Wirtschaft durch die Regelung der Arbeitslosenversicherung.

Abg. Dr. Ströbel (SP): An der schlechten Wirtschaftslage trage die schlechte Wirtschaftspolitik die Schuld. Nur durch vernünftige Agrar-, Bau- und Lohnpolitik könne das Wirtschaftsleben gesunden. Den Redaktionsbau lehnte der Redner namens seiner Fraktion ab.

Abg. Bollmer (Komm.) zog gegen den kapitalistischen Staat vom Leder und wurde von dem Sozialdemokraten Wegger als halunke und verkommener Lump tituliert, worauf der Abg. Schneid (Komm.) mit dem Zuruf „Trüber Simpel“ antwortete und mit Tatsächlichkeiten gegen Wegger drohte, zu denen es aber nicht kam.

Anträge wurden gestellt von sog. Seite auf Gewährung einer Weihnachtsbeihilfe an besonders bedürftige Erwerbslose, Klein- und Sozialrentner, in Höhe von 800 000 Mark aus Staatsmitteln, während Abg. Kling (SPD.) für solche Zwecke eine außerordentliche Beihilfe von 500 000

Mark beantragte. Die Abgeordneten Dr. Bruckmann (Dem.), Ulrich (S.), Mayer (DB.) und Andre (Z.) beantragten außerdem, den Vertrag über den Teilsausbau der Redaktionsstufe Heilbronn in Weg der Notstandsarbeit abzuschließen.

Beschränkung der Redezeit der Abgeordneten. Zum Schluß der heutigen Landtagsitzung bat Landtagspräsident Flügel die Abgeordneten, in ihren Reden sich auf das Notwendige zu beschränken und nicht alle möglichen Dinge in die Debatte hereinzu ziehen. Er behalte sich deshalb vor, in der nächsten Zeit dem Reichsrat des Landtags die Bitte um Beschränkung der Redezeit der Abgeordneten zu unterbreiten.

Württemberg

Württembergers Sonderbelastung in der Arbeitslosen- und Invalidenversicherung

Stuttgart, 27. Nov. In der heutigen Sitzung des Landtags machte Wirtschaftsminister Dr. Maier Mitteilungen über die überaus ungünstige Lage, in die Württemberg durch die Gesetzgebung der Arbeitslosenversicherung gekommen ist.

Der Minister führte aus: Die bei der Sommertagung des Landtags zur Sprache gekommene schwere finanzielle Benachteiligung Württembergs und der württ. Wirtschaft durch die Regelung der Arbeitslosenversicherung besteht fort. Die durch das Reichsgesetz eingeführte „Gefahrengemeinschaft“ für das ganze Reich entzieht unserem Land Jahr für Jahr, Monat für Monat erhebliche Geldbeträge. Bis Ende 1929 sind insgesamt 29 Millionen RM an die Kasse der Reichsanstalt als Ueberschüsse vom Bezirk Württemberg abgeführt worden. Württemberg würde, wenn es in der Arbeitslosenversicherung auf sich selbst gestellt wäre, nach zuverlässiger Schätzung mit einem Beitragssatz von 3,5 Proz. auskommen. Monat für Monat führt gegenwärtig Württemberg etwa 2 Millionen RM Arbeitslosenversicherungs-

beiträge zugunsten anderer Reichsgebiete an die Reichsanstalt ab. Es ist dies für die württ. Wirtschaft, die frachtmäßig ungünstig gestellt ist und die Rohstoffe vielfach teurer in anderen Reichsgebieten einkaufen muß, ein dauernder Vordruck. Dieser wird dadurch verschärft, daß die allmählich in die Milliarden gehenden allgemeinen Steuermittel des Reichs zur Finanzierung der Arbeitslosenversicherung auch von Württemberg mit aufgebracht werden müssen. Württemberg wird dadurch erneut um Millionen und aber Millionen benachteiligt. Noch geschäht, wird man sagen können, daß zur Zeit die Hälfte der dem Land verbleibenden Reichssteuerüberweisungen auf diesem Weg wieder an das Reich bzw. an die Reichsanstalt zurückfließt.

Schuld an diesen unhaltbaren Verhältnissen ist der ganze Aufbau des Arbeitslosenversicherungsgesetzes, das in den Zuschußgebieten notwendigerweise die Verantwortung verweist und das unbemerkt und ungewollt zu einer ausgesprochenen Subventionspolitik mit allen seinen demoralisierenden Nachteilen geführt hat. Wenn man weiß, daß ein weniger stark industriell besiedeltes süddeutsches Nachbarland (Bavarn) in derselben Zeit aus der Kasse der Reichsanstalt Zuschüsse von bald 200 Mill. Mk. erhalten konnte, so tritt klar zutage, daß im ganzen System etwas in Anordnung sein muß. Ähnlich liegen die Dinge bei der Landesversicherungsanstalt Württemberg, die im vergangenen Jahr 8 Mill. Mark für andere Zuschußanstalten des Reichs ablieferte mußte. Im neuen Jahr wird ihre Ablieferungsverpflichtung sich auf 12 Mill. Mk. erhöhen. Hier wird ganz offensichtlich, daß die günstigere Lage nicht etwa in dem besseren Gesundheitszustand der Versicherten liegen kann, sondern daß die Ueberschüsse auf Grund einer strengeren Verwaltungspraxis in der Rentenzuteilung und besonders in einer sparsameren Verwaltung erzielt werden.

Es ist in diesem Haus bei den früheren Verhandlungen über diese Frage auf den Gesichtspunkt der „Solidarität aller Teile des Reichs“ hingewiesen worden. Auf anderen Gebieten machen wir aber die Erfahrung, daß die übrigen Reichsteile sehr wohl ihren Vorteil zu wahren wissen. Württemberg wird häufig von Hagelochlag heimgesucht und steht in dieser Beziehung klimatisch viel ungünstiger als z. B. Norddeutschland. Wir wären aber unfehlbar von der über das ganze Reich sich erstreckenden Nordd. Hagelochversicherung ausgeschlossen worden, wenn wir uns nicht dazu verstanden hätten, höhere Prämien zu bezahlen. Württemberg will gewiß nicht allein Nutznießerin seiner besseren wirtschaftlichen Verhältnisse sein. Der heutige Zustand ist sowohl für das Land wie für die beitragspflichtigen Arbeitgeber und Arbeitnehmer völlig untragbar und wir hatten schon mehrfach Anlaß, die Reichsstellen bei den verschiedensten Anlässen darauf hinzuweisen, daß diese beiden Fragen immer mehr zu hochpolitischen werden, welche geeignet sind, dem Reichsgedanken in dem traditionell reichsfreudigen Württemberg auf die Dauer fühlbaren Abbruch zu tun. An einer solchen Entwicklung kann auch das Reich kein Interesse haben. Es liegt uns natürlich fern, in der heutigen Not des Reichs diesem Unerfüllbaren zuzumuten. Es muß aber in dieser Frage etwas geschehen. Das Reich muß Württemberg billigerweise in irgend einer Form einen Ausgleich für diese unbezweifelbaren Mehrleistungen gewähren. Für uns selbst bedingten diese Abfälle nothgedrungen den Zwang zu einer gewissen Zurückhaltung in den Mitteln, die das Land selbst zusätzlich für die Arbeitslosenfürsorge aufbringen kann.

Stuttgart, 27. November.

Abfahrlöschung in Hafer und Gerste. Die Fraktion des Bauernbunds hat im Landtag folgende kleine Anfrage gestellt: Der Absatz von Hafer und Gerste ist zurzeit fast unmöglich und die Preise dafür sind so tief gesunken, daß eine schnelle Abhilfe dringend nötig ist. Die unverzügliche Einführung eines entsprechenden Einfuhrsicherungscontingents für Hafer und Gerste könnte hier Erleichterung schaffen.

Zusammenstoß zwischen Kraftwagen und Zug. Die Reichsbahndirektion Stuttgart teilt mit: Auf dem schienenaleichen Staatsstraßenübergang Böblingen-Eningen stieß Mittwoch abend um 5.10 Uhr ein Stuttgarter Personenkraftwagen auf den Zug 116 der Nebenbahn Böblingen-Schönaich auf. Der Kraftwagen wurde 15 Meter geschleift und geriet später in Brand. Der Insasse blieb unverletzt. Der Bahnübergang ist mit einem Warnungstreuz versehen. Der Lokomotivführer des Zugs gab die vorgeschriebenen Läute- und Pfeifensignale.

Ein Stuttgarter Räuber. Am Hotel „Sieglicher Hof“ in Berlin-Steglitz wurde der Besitzer am Mittwoch nachts, als sonst keine Gäste mehr anwesend waren, von zwei Burlichen angefallen, die von ihm unter Bedrohung mit dem Revolver die Herausgabe der Taaschke verlangten. Der zufällig anwesende Hausdiener stürzte sich auf einen der Rä-

ber und riß ihn zu Boden. Der Räuber gab mehrere Schüsse auf den Diener ab und verletzte ihn am Knie schwer, er konnte aber von der herbeigeeilten Polizei festgenommen werden, während sein Genosse entflohen. Der Verhaftete ist ein 28-jähriger Hotelangestellter namens Willy Meier aus Stuttgart.

Aus dem Lande

Eßlingen, 27. Nov. Für die Bürgersteuer. Der Gemeinderat nahm einen Antrag auf Einführung der Bürgersteuer unter dem Vorbehalt eines Härteausgleichs und einer gerechteren Staffelung im Rahmen der Zuständigkeit des Gemeinderats mit 15 gegen 13 Stimmen an.

Heilbronn, 27. Nov. Neuer Vorstand der Handwerkskammer. In der Vollversammlung der Handwerkskammer Heilbronn wurde an Stelle des aus Gesundheitsrücksichten zurücktretenden jahrelangen Vorsitzenden der Kammer, Bäckereimeister Schurr, Dekorationsmeister Karl Hilpert, Heilbronn mit 22 von 24 Stimmen gewählt. Zu Vorstandsmitgliedern wurden gewählt: Schmiedemeister Ernst Schneider, Crailsheim, Mechanikermeister Emil Schumacher, Bietigheim, Bäckermeister Johann Diez, Heilbronn, Sattlermeister Karl Koch, Gaildorf, Maurermeister Gottlob Gruber, Murr. Als stellvertretende Vorstandsmitglieder wurden gewählt: Gipsermeister Rank, Heilbronn und Schneidermeister Leopold Kochendorf.

Schorndorf, 27. Nov. Vom neuen Friedhof. Am letzten Sonntag wurde hier der neue Friedhof eröffnet. Die hier gut bekannte Frau Rosine Siegle war die erste, die auf dem neuen Friedhof bestattet wurde. Sie schenkte 12 Kindern das Leben und hatte während des Weltkriegs 8 Söhne im Feld. Ihr gebührt das von der Stadt der Familie Siegle zur Verfügung gestellte Ehrengrab.

Bartholomä D. Gmünd, 27. Nov. Kirchweihe. Nachdem erst im Juli d. J. die hiesige katholische Kirche nach ihrer Erweiterung eingeweiht worden ist, wird am kommenden Sonntag auch die evangelische Kirchengemeinde ihre innen und außen erneuerte und vergrößerte Kirche einweihen können.

Göppingen, 27. Nov. Eine kapitale Sau. Die Heilanstalt Dr. Landerer Söhne, Göppingen, hat am 25. November d. J. hier im Schlachthaus ein Schwein geschlachtet, das ein Lebendgewicht von 884 Pfund aufwies.

Münzingen, 27. Nov. Doppelte Trauer. Ein schweres Geschick ereilte die Hinterbliebenen des erst kürzlich verstorbenen Obersekretärs Anton Wolf. Die Schwiegermutter, die aus weiter Ferne herbeigeeilt war, um bei dessen Beerdigung anwesend zu sein, um zu trösten und zu helfen, erlag im Krankenhaus einem schweren Herzleiden.

Haiterbach D. Nagold, 27. Nov. Um eine Kranzniederlegung. Am Sonntag wurde anlässlich der Totengedenktage von der NSDAP ein Kranz mit Parteischleife am Kriegerdenkmal niedergelegt. Behördlicherseits wurde die Schleife vom Kranz entfernt. Von Seiten der NSDAP wird die Wiederanbringung verlangt.

Winzeln D. Oberndorf, 27. Nov. Sturm Schaden. Der Sturm in den letzten Tagen verursachte im Gemeindefeld starke Windfälle. Es wurden etwa 1600 Fm. umgerissen. Zwei 120-jährige Tannen wurden vom Blitz zertrümmert. Glücklicherweise ist das vom Forstamt ausgezeichnete und zum Hieb bestimmte Holz nur zu einem Teil geschlagen. Der diesjährige ordentliche Nutzungsplan wird darum nicht weiter ausgeführt. Etwa 100 Arbeiter besorgen die Aufbereitung des Holzes. Der Schaden, der durch den Blitzschlag in die Pfarrkirche entstand, beläuft sich auf mehrere 100 Mark.

Dotternhausen D. Roitweil, 27. Nov. Hohes Alter. Am 25. November feierte Katharina Reinauer, geb. Dreher, im Volkstum „Räterbas“ genannt, in geistiger und körperlicher Rüstigkeit ihren 90. Geburtstag. Katharina Reinauer hat noch drei Schwestern im Alter von 80 und mehr Jahren in Mühlhausen, Dornach und Basel. Auch diese sind noch so rüstig, daß sie täglich ihren Geschäften nachgehen können. 91 Lebensjahre zählt ihre Nachbarin, Elise Uttenweiler. Diese erfreut sich ebenfalls noch großer geistiger und körperlicher Frische. Beide Deutschen treffen sich täglich zu einem gemüthlichen Plauderstündchen.

Schwenningen, 27. Nov. Keine Veruntreuungen? Zu der Meldung der Volksstimme über große Veruntreuungen teilt die Klezle AG. mit, daß an dem Bericht, der Londoner Vertreter der Firma habe Beschäftigter in Höhe von 150 000 Mark für sich verwendet, kein wahres Wort ist. Der betreffende Herr sei in voller Freundschaft aus ihren Diensten abschieden. Weil er einen anderen, ihm

Des Weibes Waffen.

Original-Roman von Elisabeth Borchart.

42. Fortsetzung

Nachdruck verboten.

Um ihm die Möglichkeit zu geben, sie auch weiter in Rotenselde zu besuchen, hatten sie beschlossen, ihre Verlobung geheim zu halten bis zum Hochzeitstermin. Das ersparte viel mühsige Gerede. Nur ihren Eltern teilte Jutta es mit und lud sie nebst der Schwester zur Hochzeit ein. Die Mutter fragte an, ob sie ihr in Berlin eine Aussteuer besorgen sollte, aber Jutta dankte. In Rotenselde wäre alles in überreichem Maße vorhanden: Silber, Porzellan, Leinen, Möbel — große Toiletten brauche sie nicht. Nur ihr Brautkleid bestellte sie bei einer Berliner Firma.

Auch in der Einrichtung im Herrenhause sollte alles beim alten bleiben. Zwar hatte Jutta ihren Bräutigam gefragt, ob er dies oder jenes haben möchte, aber er hatte erwidert: „Nichte nur alles so ein, wie du es magst und für richtig hält.“ Er wollte ihr keine Vorschriften machen und im Grunde lag ihm auch nichts daran. Wenn ihm irgend etwas nicht paßte, konnte das später noch immer abgestellt werden.

Der Hochzeitstag kam heran. Jutta hatte die Vorbereitungen dazu in aller Stille getroffen. Erst kurze Zeit vorher teilte sie es ihrem Inspektor und den Gutsangehörigen mit, daß sie sich mit ihrem Vetter, dem Baron von Vichtenstern, verlobt hätte und schon in nächster Zeit Hochzeit machen wollte. Das war für alle eine freudige, aber nicht sehr überraschende Nachricht. Die häufigen Besuche des jungen Barons hatten zu allerhand Mutmaßungen Anlaß gegeben, und nun betrachteten sie dieses Bündnis als eine glückliche Lösung und als Niederschlag der durch das Testament hervorgerufenen Gerüch-

te und Verleumdungen. Wenn nur ihre Herrin glücklich wurde, waren sie auch zufrieden.

Voll Eifer wurden die Vorbereitungen zum Hochzeitsfest betrieben.

Die Kinder des Dorfes übten mit ihrem Lehrer schnell einigte Huldigungsgefänge ein, die Gutsbeamten und Gutsarbeiter wollten Spalier bilden, die zwei kleinen hübschen Mädchen des Inspektors Rudolf Blumen streuen auf dem Weg zur Kirche.

Am Tage vor der Hochzeit trafen zunächst Juttas Eltern und Schwester in Rotenselde ein.

Sie waren alle drei voll herzlicher Anteilnahme an dem Glück ihrer Tochter und Schwester. Bei erster Gelegenheit aber nahm Frau von Wildenfels Jutta beiseite:

„Kind — wie ist denn das nur gekommen? Du erzähltest mir doch bei des Onkels Begräbnis, daß Wolf Dieter —“

„Verlobt wäre — ganz recht,“ fiel Jutta schnell ein, während eine fliegende Rüte, die bald einer tiefen Bläse Platz machte, über ihr Gesicht huschte. „Die Sache ist inzwischen aussonderrgegangen.“

Damit wechselte sie das Thema und die Mutter wagte nicht weiter zu fragen. Sie wollte nicht an etwas vielleicht Peinliches für Jutta rühren, wenn Jutta auch ruhig und gelassen den Umstand erwähnt hatte. Jedenfalls schienen beide Teile zufrieden zu sein, und das war die Hauptsache. Sie selbst konnte sich keinen besseren Schwiegersohn wünschen; wenn sie ihn auch nur flüchtig kannte, hatte sein Wesen sie stets für ihn eingenommen.

Lieselotte aber machte aus ihrer Sympathie für den neuen Schwager kein Hehl. Er hatte ihr schon bei Gelegenheit des Begräbnisses des Onkels und bei der darauffolgenden Testamentsöffnung riesig imponiert, besonders da-

durch, daß er die Enttäuschung so männlich und würdig hingenommen und keine Schwäche gezeigt hatte.

Diese Anerkennung wollte bei Lieselotte, die ganz zu den modernen Mädchen gehörte und in dem Manne durchaus kein Ideal sah, viel sagen.

„Er ist ein Brachtmensch,“ äußerte sie sich zu der Schwester, „du kannst stolz sein auf ihn.“

„Meinst du?“ fragte Jutta lächelnd und ihre Wangen färbten sich dabei höher.

„Du brauchst deshalb nicht eifersüchtig zu sein,“ neckte Lieselotte jetzt. Jutta lachte darüber und ging auf deren Ton ein. Das war ihr eine Befreiung von einem schweren Druck, der bisher auf ihr gelastet hatte.

Am Abend — dem Pösterabend — kam Wolf Dietrich aus Rabenau und brachte seine Mutter mit. Diese hatte die weite Reise hierhergemacht, um beim Ehrentage ihres Sohnes zugegen zu sein. Sie war eine vornehme ältere Dame und schloß Jutta voll tiefer Bewegung in die Arme: „Mache ihn glücklich, mein liebes Kind, er verdient es.“ Aus ihren Augen strahlte dabei Mutterglück und Mutterstolz. Ihr einziger hatte ihr ja damals seine Enttäuschungen gebeichtet, und nun war sie so froh, daß er sie nicht allein überwunden, sondern ein neues und, wie ihr dünkte, schöneres Glück fand. Jutta in ihrer gefunden Schönheit und Würde gefiel ihr ausnehmend, und dabei wurde er noch der Erbe von Rotenselde. Die Enterbung hatte sie härter getroffen als den Sohn — sie hatte so sicher darauf gerechnet. Nun waren ihre heißen Gebete und Herzenswünsche doch erhört worden.

(Fortsetzung folgt.)

besser zuzugenden Wirkungskreis gefunden habe. Für die Ermittlung des Urhebers des falschen Gerichts leitet die Firma eine Belohnung von 100 Mark aus.

Biberach, 27. Nov. Tödlich verunglückt. Am Dienstag war die 41 Jahre alte Josephine Holzer von Eichelstein, Gde. Aushofen, ihrem Mann beim Einbringen eines Holzstamms in die Sägerei behilflich. Dabei kam der Stamm ins Rollen und traf die beiden Personen. Während der Mann mit Schürfwunden davonkam, erlitt die Frau schwere innere Verletzungen. Sie mußte mit dem Sanitätskraftwagen ins Bezirkskrankenhaus Biberach verbracht werden, wo sie nach ihrer Einlieferung starb.

Ravensburg, 27. Nov. Weihnachtsbescherung für Arbeitslose. Der Gemeinderat hat einstimmig beschlossen, den Arbeitslosen acht Tage vor Weihnachten eine Beigabe zu reichen. Verheiratete werden 20 Mark, Ledige 10 Mark erhalten. Der dadurch für die Stadt entstehende Aufwand beträgt 10 000 Mark.

Vom bayerischen Allgäu, 27. Nov. Arbeiterkündigungen. — Wechselkündigungen. — Vor Gericht. Die schlechte Wirtschaftslage zwingt nunmehr auch die Hüttenwerke Sonthofen zu Arbeiterentlassungen. Die Werke haben an 98 Arbeiter die Kündigung ergehen lassen. — Der Landwirt Roman Rauch von Diebmansried wurde wegen umfangreicher Wechselkündigungen festgenommen. Rauch stand vor einigen Jahren im Verdacht, seine erste Frau in die Güllengrube geworfen zu haben; er wurde damals von diesem Verdacht durch die gerichtliche Untersuchung befreit. — Der 21 J. a. in Füssen wohnhafte Kaufmann Leo Stidroth hatte sich wegen Betrugs vor dem Gericht in Kempten zu verantworten. Er ist schon wegen eines gleichen Vergehens in Waiblingen vorbestraft. Stidroth trat als Reisevertreter einer Krankenversicherung auf und veranlaßte leichtgläubige Leute zum Abschluß einer Versicherung, wobei er die Prämien- und Aufnahmegebühren mit falschem Namen quittierte und das Geld für sich verbrauchte. Stidroth wurde wegen Betrugs im Rückfall zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt.

Ehlingen, 27. Nov. Folgen steuerlicher Ueberlastung. Im Gemeinderat teilte der Vorsitzende mit, er stehe zurzeit in Unterhandlung mit einem gewerblichen Unternehmen Ehlingens, das wegen der außerordentlichen starken Steuerbelastung eine Verlegung seines Betriebs nach Stuttgart beabsichtigt.

Heidenheim, 27. Nov. Die Folgen der neuen Tabaksteuergesetze. Wegen des bevorstehenden Inkrafttretens der neuen Tabaksteuergesetze hat die Firma Gebrüder Schaefer in Heidenheim dem Handels- und Gewerbeausschuss gemäß der Stillelegungsverordnung vorsorglich Anzeige davon gemacht, daß sie gezwungen sein werde, ihre gesamte Belegschaft mit rund 1000 Arbeitern anfangs Januar zu entlassen und den Betrieb auf mehrere Monate stillzulegen. — Die Zigarettenfabrik Gebrüder Schultes wird als vorläufige Maßnahme ebenfalls Stillelegungsantrag für ihren Betrieb einreichen und ihrer Belegschaft mit rund 250 Arbeitern kündigen.

Dillingen M. Neresheim, 27. Nov. Herabsetzung der Holzhauerlöhne. Wie von den Verwaltungen des Fürsten von Thurn und Taxis bekannt gegeben wurde, sind die heurigen Stundenlöhne der Holzhauer gegenüber dem Vorjahr um 20 Prozent herabgesetzt worden.

Amthliche Dienstnachrichten

Ernannt: Die Obersekretäre Braun bei dem Amtsgericht Ruffingen, Notariatshilfsarbeiter in Keutlingen, zum Bezirksnotar in Wöllingen und Geiger bei dem Justizministerium, Notariatshilfsarbeiter in Heidenheim, zum Bezirksnotar in Saulgau; Wachmeister Keller bei dem Landesgefängnis Hall zum Strafanstaltsassistenten bei dieser Anstalt.

Uebertragen: Die zweite Stadtpfarrstelle in Kirchheim u. T. dem Inspektor Harpprecht in Kornal, Def. Beonberg, und die Pfarrei Hochendorf, Def. Neuenstadt, dem Pfarrer Popp in Ebersheim, Def. Weifersheim.

Verlegt: Bezirksnotar Schmid in Hall seinem Ansuchen gemäß an das Bezirksnotariat Wöllingen.

Lokales.

Wildbad, den 28. November 1930.

Die neue Gemeinde-Ordnung tritt mit dem 1. Dezember in Kraft. Das Stadtschultheißenamt wird also ab kommenden Montag die Bezeichnung Bürgermeisterei führen, während die bisherigen Gemeinderäte „schmerzlos“ in Stadträte verwandelt werden.

Zinslose Darlehensvergebung der „Vaterhaus“-Bausparkasse Pforzheim. Wie wir aus dem Nachrichtenblatt der „Vaterhaus“-Bausparkasse „Das zinsfreie Eigenheim“ erfahren, sind bei der neuesten Ausschüttung in das Oberamt Neuenbürg Mk. 8000.— nach Wildbad, Mk. 10 000.— und 3 500.— nach Calmbach, Mk. 10 000.— nach Höfen gefallen.

Das Kaltfärben und Batiken im Haushalt ist heute die Lösung! Den Bemühungen der Eberhard-Drogerie, hier, ist es gelungen, daß die Eppresch-Stofffarbenfabrik aus Berlin nach hier eine Dame schickt, welche das Färben und Batiken mit den so überaus beliebten und bewährten Eppresch-Stofffarben praktisch vorführen und erläutern wird. Der Inhaber der Eberhard-Drogerie hat sich auch bereit erklärt, an diesem Tage jedem Besucher einen kleinen Gegenstand kostenlos in der unglaublich kurzen Zeit von 1 bis 5 Minuten färben oder batiken zu lassen, welcher sofort wieder mitgenommen werden kann. Es sollte daher niemand diese hochinteressante Vorführung veräumen und es sei daher am 2. Dezember die Parole, auf zur Eberhard-Drogerie.

Einen Menschenauflauf veranlaßte gestern abend gegen 7 Uhr ein Altensteiger Lastauto dadurch, daß es beim Aus-

weichen einem Kleinauto, das an der Wilhelmstraße bei der Fa. Bosh Nachfolger aufgestellt war, die am Haus Kometsch angebrachte Lichtklappe der Zigarettenfabrik Muratti herunterfiel. Die herabfallenden Scherben verursachten einen riesigen Lärm und setzten die Bewohner der Nachbarschaft in nicht gelinden Schrecken. Zum Glück passierte im Augenblick des Geschehens niemand den Gehweg, sonst wären Verletzungen unausbleiblich gewesen.

Aus der Nachbarschaft.

Neuenbürg, 26. Nov. Ein hiesiger Viehhändler führte gestern nachmittag mit seinen zwei Kühen Dung auf eine Wiese, entlang dem Fabrikkanal der Firma B. Flohr. Beim Ueberfahren des Kanals auf einer schmalen Brücke trat die eine Kuh daneben, stürzte in den zurzeit etwas tiefen Kanal und riß die Schwester samt dem Wagen in das nasse Element. Hilfsbereite Arbeiter halfen bei den Bergungsarbeiten und befreiten das Gespann von dem unfreiwilligen Bad, ohne daß es weiteren Schaden genommen hatte.

Kleine Nachrichten aus aller Welt

Ein Urenkel Bismarcks. Dem deutschen Botschaftsrat in London, Fürst Bismarck, Enkel des Altreichskanzlers, der mit einer Tochter des Stockholmer Architekten Tengbom vermahit ist, wurde am 25. November ein Sohn geboren.

Ein 95jähriger aktiver Feuerwehrmann. In Triberg hat der frühere Weinhandler und ehemalige Schneidermeister Josef Feiß sein 95. Lebensjahr vollendet. Weit über Triberg hinaus bekannt als „alt Feiß“, macht der Greis in aller Rüstigkeit noch seine täglichen Spaziergänge. Bemerkenswert ist, daß er in seinem hohen Alter noch aktives Mitglied der Freiwilligen Feuerwehr ist und die Proben usw. mitmacht. Seit 64 Jahren gehört er dem Korps an. Er ist als der älteste Feuerwehrmann Deutschlands bekannt.

Rückgang der Zahl der Volksschüler. Seit der Vorkriegszeit hat die Zahl der Volksschüler in Deutschland bedeutend abgenommen. Vor dem Weltkrieg war ein stetes Anwachsen zu beobachten. 1901 betrug die Zahl der Volksschüler 8,9 Millionen, 1906 schon 9,7 Millionen, 1911 dann 10,3 Millionen, 2 Jahre nach Kriegsende waren es noch 8,9 Millionen, also schon 1,5 Millionen weniger; 1926 nur noch 6,6 Millionen und heute knapp 6 Millionen, kaum drei Fünftel des Standes der Vorkriegszeit.

Kinderschlämung. Nachdem in der vergangenen Woche in Weil a. Rh. die spinale Kinderschlämung wieder aufgetreten ist, hat diese auch wieder auf Lörrach übergegriffen. In Lörrach sind drei Kinder in noch nicht schulpflichtigem Alter von ihr ergriffen worden.

Einbruchsdiebstahl. In der Sturmnacht zum Sonntag wurde in das Baubüro der Siemens-Bau-Union in Schwarzbrunn bei Freiburg eingebrochen und aus dem Kassenschrank ein Geldbetrag von 9000 Mk. und Invalidenmarken im Wert von 1900 Mark gestohlen.

Anschlag auf den D-Zug Berlin-Stockholm. Am Mittwoch abend wurde auf der Strecke Angermünde-Pafewalk auf den D-Zug Berlin-Stockholm ein Anschlag verübt. Auf den Bahnkörper sind ein ausgehobener Kilometerstein im Gewicht von rund 1 1/2 Zentner und eiserne Geländerteile gelegt worden. Der Schienenräumer der Lokomotive zertrümmerte jedoch das Hindernis. Der Zug fuhr ohne Aufenthalt nach Pafewalk weiter. Reisende wurden nicht verletzt. Der Betrieb ist nicht gestört.

Württembergische Landesheater

Für den 3. Dezember wird eine Wiederaufnahme von Vorhingen „Der Wildschütz“ vorbereitet. Am 6. Dezember dirigiert Hans Pflüger als Gast seine Oper „Die Rose vom Liebesgarten“. Das 4. Symphoniekonzert am 8. Dezember im Festsaal der Lieberhalle wird ebenfalls von Pflüger dirigiert. Am 20. Dezember werden die beiden Ballette „Die Puppenfee“ und „Der Kinder Weihnachtstraum“ wieder in den Spielplan aufgenommen. Der 26. Dezember bringt die Neuinszenierung von Bizets „Carmen“. Für 29. November ist die Erstaufführung des Schauspiel „Elisabeth von England“ von Ferdinand Brakner vorgesehen. Der Dichter der „Krankheit der Jugend“ und der „Verbrecher“ gestaltet hier zum erstenmal einen historischen Stoff. Das Stück hat bei seiner Uraufführung die stärkste Wirkung hervorgerufen. Als Weihnachtsspiel kommt in diesem Jahr Görners althergebrachtes „Schneewittchen und die sieben Zwerge“. Mitte Dezember findet die Erstaufführung von Bruno Franks Komödie „Sturm im Wasserglas“ statt.

Sendefolge der Stuttgarter Rundfunk AG.

Sonntag, 29. November:

6.15: Wetterbericht, Morgengymnastik. 10.00: Schallplattenkonzert. 11.00: Nachrichtenbesitz. 12.00: Wetterbericht. 12.15: Schallplattenkonzert. 13.00: Wetter- und Schneebild, Nachrichtenbesitz. Schallplattenkonzert. 14.30: Stunde der Jugend. 15.30: Konzert. 16.30: Probe von der Operette „Victoria und ihr Husar“ (Freiburg). 17.00: Alte Hausmusik. 17.45: Zeitangabe. Wetterbericht, Landwirtschastsnachrichten, Sportbericht. 18.05: Vorträge: Theater und Schule. 18.35: Stunde der Arbeit. 19.00: Zeitangabe. 19.05: Spanischer Sprachunterricht. 19.30: Zeitbericht. 20.00: Johannes Brahms-Stunde. 21.00: Erles Singen bis auf Ein hundert Abend. 22.00: Nachrichtenbesitz. 22.20: Symphoniekonzert.

Sport

Abflug des Do X nach Lissabon. Das Riesensflugzeug Do X ist am Donnerstag um 12 Uhr mittags deutsche Zeit bei strömendem Regen von La Coruna in Richtung Lissabon abgefliegen.

Neuer Weltrekord im Brustschwimmen. Die 16jährige Engländerin Walfenholme, die erst vor kurzem den Weltrekord der Leipzigerin Hertha Wunder im 500-Meter-Brustschwimmen auf 8:35,2 verbesserte, hat eine neue Höchstleistung geschaffen. Sie stellte in Dabham im Brustschwimmen über 400 Meter mit 6:41,6 eine neue Bestzeit auf. Der bisherige Weltrekord gehörte der Holländerin Braun mit 6:45,6.

Handel und Verkehr

Berliner Dollarkurs, 27. Nov. 4,1915 G., 4,1975 B. Dt. Abl.-Anl. 52.

Dt. Abl.-Anl. ohne Ausl. 5,25.

Berliner Dollarkurs, 27. Nov. 4,1915 G., 4,1995 B.

Privatdiskont 4,875 v. H. kurz und lang.

Nachverzollung von Tabakfabrikaten. Da in der neuen Tabaksteuervorlage nur eine Ermächtigung des Reichsfinanzministers keine Verpflichtung vorgesehen ist, die bei Inkrafttreten des neuen Gesetzes vorhandenen Bestände nachzuverzollen, scheint in dem Tabakgewerbe die Meinung zu herrschen, daß das Reichsfinanzministerium von der Ermächtigung keinen Gebrauch machen würde; denn nur so läßt sich die überall beobachtete Herabsetzung auf Vorrat erklären. Wie von zuständiger Seite mitgeteilt wird, ist aber der Reichsfinanzminister fest entschlossen, einen Nachzoll zu erheben, schon weil andernfalls die kapitalträchtigen Betriebe vor den weniger kapitalträchtigen in unberechtigter Weise bevorzugt würden.

Die Senkung der Realsteuern

In der Begründung zum Gesetzentwurf über die Senkung der Realsteuern heißt es: Im Rahmen des Gesamtplans der Reichsregierung liegt es, die Wirtschaft von steuerlichen Ueberbelastungen zu befreien. Die Realsteuern haben in ihrer Uebersteigerung nach dem Krieg für Unternehmer wie für Arbeitnehmer schädliche Folgen gehabt. Diese Steuern können sich nämlich deshalb besonders produktionshemmend und lohnbrütend auswirken und infolgedessen auch die Arbeitslosigkeit steigern, weil sie grundsätzlich unabhängig vom Kleinverdienst erhoben werden. Während sie in der Vorkriegszeit insgesamt 600 Millionen erbracht haben, ist das Einkommen für 1930 mit über 2200 Millionen Mark anzunehmen. Die zehnprozentige Senkung bei der Grundsteuer wird etwa 120 Millionen Mark und bei der Gewerbesteuer etwa 200 Millionen Mark betragen. Insgesamt wird sich also der Steuerausfall auf etwa 320 Millionen Mark belaufen.

Senkung der Eisenpreise gefordert

In einem neuen Gutachten des Ausschusses des Reichswirtschaftsrats an die Reichsregierung wird ausgeführt, die Eisenpreise für das deutsche Inland seien erheblich höher als die des konkurrierenden Auslandes und des Weltmarktes und für die ganze deutsche Wirtschaft nicht tragbar. Trotz der gegenwärtigen ersten Lage der deutschen Eisenindustrie sei eine starke Senkung der deutschen Inlandspreise notwendig und beschleunigt durchzuführen, und zwar nicht nur hinsichtlich der Grundpreise, sondern auch der Effektivpreise, und es sei darauf zu achten, daß die Preisermäßigung sich bis zum letzten Verbraucher auswirke. Der Eisenverbrauch werde dadurch gehoben werden. Die eisenerarbeitende Industrie beschäftigt etwa fünfmal so viel Arbeiter wie die eisenerzeugende Industrie. Der Ausschuss ist der Ansicht, daß die deutsche Eisenherstellung überzählet worden sei. Für die zukünftige „Dauerlösung“ sei die Frage so zu stellen, ob es möglich sei, den Eisenverbrauch in Deutschland stark zu steigern oder ob man einen „scharfen Schnitt“ machen müsse.

Zweite Kartoffelkonferenz

Im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft fand am Dienstag eine zweite Kartoffelkonferenz statt: Die bisherigen Maßnahmen zur Förderung der Einbürgerung der Kartoffeln wurden als wirksam anerkannt. Der Reichsminister wird weitere Mittel für diesen Zweck bereitstellen. Der Kartoffelaufbau der Regierung zum Zweck der Kartoffelproduktion hat für gewisse Gebiete eine wirksame Hilfe gebracht. Ihre Fortsetzung wird dringend gewünscht. Die vom Reiche übernommenen Flotten werden dem Verbrauch erst dann zugeführt, wenn eine gewisse Entlastung, besonders auf dem Roggengebiet, eingetreten ist. Abfederung erheblicher Mengen von Kartoffelstärke im Zusammenhang mit der Zusammenfassungsbewegung der Kartoffelstärkeindustrie wird eine fühlbare Hilfe für diesen Zweig industrieller Verwertung von Kartoffeln bringen. Für die deutsche Kartoffelstärkeindustrie wird eine weitere Abfederung dadurch geschaffen, daß künftig die Verwendung von Stärkemehl zu Weizengebäck bis zu 10 v. H. ohne Kennzeichnung durch eine gesetzliche Maßnahme gestattet werden soll. Allenfalls wurde gewünscht, daß bei einer so großen Kartoffelernte wie der diesjährigen größtmögliche Mengen von Kartoffeln zu Spiritus verarbeitet werden dürfen. Deshalb wird eine erhebliche Erhöhung des für dieses Jahr auf 70 v. H. festgesetzten Brennrechts dringend gefordert. Um den Lagerungs-, Finanzierungs- und Absatzschwierigkeiten der Monopolverwaltung Rechnung zu tragen, wird vorgeschlagen, die bei einer Erhöhung des Brennrechts mehr erzeugte Spiritusmenge der Verwendung als Treibstoff zuzuführen. Es wurde scharf kritisiert, daß die Kleinkaufspreise für Speisekartoffeln in gar keinem Verhältnis stehen zu den geringen Erzeugerpreisen. Dieser Umstand wird auf der nächsten Konferenz eingehender behandelt werden. Endlich wurde gefordert, daß die Erzeuger der Auswahl bester Kartoffelorten besondere Sorgfalt zuwenden und darauf achten sollen, nur gesunde und gut gereinigte Ware zum Markt zu bringen.

Der Reichsfinanzminister gegen die Erhöhung des Brennrechts

Der Reichsfinanz- und vormalige Ernährungsminister Dietrich wendet sich in einer Veröffentlichung gegen das Vorlangen der Landwirtschaft, besonders des Ostens, den großen Kartoffelüberschuß dieses Jahres zum Teil in Brennereien zu verwerten und das auf 70 v. H. festgesetzte Jahresbrennrecht auf 80 oder 100 v. H. zu erhöhen. Der Bestand bei der Monopolverwaltung mit 1,55 Mill. Hl. Weizenstark sei schon um 750 000 Hl. zu hoch. Das Jahresbrennrecht, das nach dem Bedarf auf 50 v. H. festzusetzen gewesen wäre, sei von der Verwaltung mit Rücksicht auf die Notlage der Landwirtschaft auf 70 v. H. erhöht worden, weil ihr Lagerraum nicht ausreiche und aus finanziellen Gründen sei die Erhöhung des Brennrechts abzulehnen. Ein weiterer Beimischungszwang von inländischem

Heute... Eierkuchen!

...saftige, goldgelbe Eierkuchen — am besten in reiner Rama Margarine.



...denn sie ist ausgiebig!

